

# **Roter** **Brandenburger**

„Die herrschenden Ideen einer Zeit waren stets nur die Ideen der herrschenden Klasse.“  
Friedrich Engels & Karl Marx

Zeitung der DKP | Landesorganisation Brandenburg

3-2021



## Wer hat hier ein **Demokratiedefizit?!**

„Ostbeauftragter“ der Merkel-Regierung schwingt (wieder) die Keule gegen Ostdeutsche.

Der Jahresbericht zum Stand der „Deutschen Einheit“ 2021, den die Bundesregierung im Juli vorstellte, liest sich fast wie die „blühenden Landschaften“, die Bundeskanzler Kohl den Bürgerinnen und Bürgern der DDR versprach. So sei Deutschland nicht nur wirtschaftlich, „sondern auch auf der Ebene der Einstellungen“ zusammengewachsen.

Das wiederum sei „Ergebnis dreier Jahrzehnte, die bei allen Enttäuschungen und Missverständnissen durch ein großes solidarisches Miteinander geprägt“ seien. Die anhaltenden Beleidigungen Ostdeutscher durch die Mainstreammedien und den „Ostbeauftragten“

der Bundesregierung, Marco Wanderwitz (CDU), sprechen eine andere Sprache.

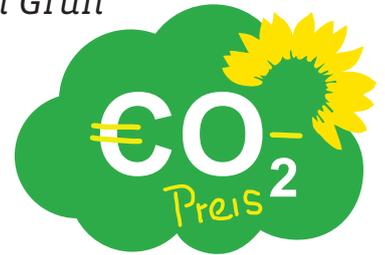
Erst vor wenigen Monaten hatte Wanderwitz den Menschen im Osten bescheinigt, „diktatursozialisiert“ und auch nach dreißig Jahren nicht in der Demokratie angekommen zu sein. Im Einheitsbericht werden als Ursachen dafür unter anderem „Benachteiligungsgefühle“ angeführt.

Es geht aber nicht um „Gefühle“, sondern wirtschaftliche Fakten. So ist dem Bericht selbst zu entnehmen, dass ostdeutsche Beschäftigte mit einem durchschnittlichen Jahreseinkommen von ca. 38.400 Euro

→ Fortsetzung Seite 2

Kommentar zur Wahl

**Klimaschutzministerium?** Sozial- und Demokratieabbau in Grün



Während die von den Überschwemmungen in Rheinland-Pfalz und NRW betroffenen Menschen immer noch auf wirksame staatliche Unterstützung warten, sind die Grünen mit ihrem „Klimaschutz-Sofortprogramm“ bereits in den Angriffsmodus im Wahlkampf übergegangen – gegen die arbeitende Bevölkerung. So darf natürlich kein Programm der Grünen zum Thema Klimaschutz fehlen, ohne die Forderung nach einer Anhebung des CO<sub>2</sub>-Preises auf 60 Euro pro Tonne, wobei die Bevölkerung schon jetzt die 25 Euro in Form steigender Energiepreise zu spüren bekommt.

Doch die Vorschläge gehen noch weiter: Die Grünen wollen ein neues „Klimaschutzministerium“ schaffen. Hierzu heißt es im Sofortprogramm: „Dieses Ministerium wird zusätzlich mit einem Veto-Recht gegenüber den anderen Ressorts ausgestattet, sollten Gesetze vorliegen, die nicht Paris-konform sind.“ Wir erleben also nach den Sondervollmachten für den Gesundheitsminister nun die Androhung der Grünen, ein weiteres Ministerium mit Sonderbefugnissen auszustatten, um Großkonzernen ihre Extra-Profite zu sichern – in diesem Fall u.a. der Autoindustrie in Form von E-Autos. ■ mg



## Beginn des Zweiten Weltkriegs

„Seit 5:45 Uhr wird zurückgeschossen“. Mit dieser Lüge verkündete Hitler am 1. September 1939 den Beginn der vom deutschen Monopolkapital entfesselten Aggression gegen Polen und damit den Beginn des 2. Weltkrieges. Der Satz wurde zu einem Symbol für politische Lüge, für Zerstörung und Leid. Er sollte die wahren Absichten und den Charakter der Politik des deutschen Imperialismus verdecken! Und Millionen Deutsche glaubten ihm! Es ist Zeit, die Lehren daraus zu ziehen! In Wirklichkeit ging es um ihren Feldzug gegen den Osten. Und dieser begann schon viel früher in Deutschland mit Abbau der Demokratie und Aufrüstung, mit Antikommunismus und Antisowjetismus. Dieser wurde aber weit über Deutschland hinaus gezüchtet und gepflegt. Die imperialistischen Kreise aller Länder konnten sich mit einer sozialistischen Sowjetunion und ihrer Friedenspolitik nicht abfinden. Die Gier nach Territorien, Rohstoffen und Märkten trieb sie zusammen - gegen die Sowjetunion, aber auch gegen die anderen Völker, die ihnen im Wege standen. Und so unterstützten die Westmächte und die ihnen hörigen Regierungen die Politik des faschistischen Deutschlands - bis sie selbst in Gefahr gerieten!

Wir sollten stets daran denken, dass es, seit es Imperialismus gibt, in seiner Politik immer um Profit und Konkurrenz geht. Die Konkurrenz hat das Monopol erzeugt, aber die Monopolisten hörten und hören nicht auf Konkurrenten zu sein. Diese Verhältnisse wollen sie aber gemeinsam erhalten. Das sind die Triebkräfte für Kriege - bis heute. ■ Anton Latzo

→ Fortsetzung von Seite 1

im letzten Jahr über 7.600 Euro weniger als ihre westdeutschen Kollegen verdienten.

Wie westdeutsche Industrie- und Automobilkonzerne dabei nach der staatlich organisierten Zerschlagung der DDR-Wirtschaft bis heute den Osten als „Niedriglohnzone“ missbrauchen, zeigt die Tatsache, dass ostdeutsche Arbeiter in der Metallindustrie bis heute fast ein Viertel weniger verdienen als im Westen. Die Liste der systematischen Benachteiligung ließe sich fortsetzen: Von der Benachteiligung bei den Renten über die Konzentration der spärlichen Rest-Industrie im Osten in der Hand westdeutscher Konzerne bis zur Dominanz westdeutscher Rektoren an ostdeutschen Unis.

### „Demokratiedefizit“ im Osten?

Wenn es nach Wanderwitz oder den Mainstreammedien geht, ist das ‚Demokratiedefizit‘ der Menschen im Osten vor allem daran festzumachen, wo sie ihr Kreuz machen bei der Wahl. Welche politische Haltung ostdeutsche Bürger haben, interessiert dabei nicht. So dürfte z.B. das Eintreten für eine friedliche Außenpolitik Bestandteil einer demokratischen Haltung sein, denn die Erfahrungen aus der Geschichte zeigen, dass Kriegspolitik einhergeht mit einer z.T. massiven Einschränkung demokratischer Rechte in der Gesellschaft, weil alles - inklusive Hetze gegen den vermeintlichen „Feind“ - dem Kriegsziel untergeordnet wird. So erleben wir auch

in unseren Tagen, wie mit dem Anstieg des Verteidigungsetats die Hetze gegen Russland weiter vorangetrieben wird. In dieser Situation sind es laut Forsa-Umfrage vom Juli vor allem Ostdeutsche, die durch eine Friedenshaltung auffallen: 60 % sprechen sich für mehr Unabhängigkeit von den USA als NATO-Führungsmacht und Kriegstreiber Nummer eins in der Welt - im Gegensatz zu 32 % der Westdeutschen. Dementsprechend wünschen sich 50 % der Menschen im Osten ein engeres deutsch-russisches Verhältnis, dem nur 25 % der Westdeutschen zustimmen.

### Der ostdeutsche „Impfgegner“?

Die nächste Sau, die Wandersitz nun im August durchs Dorf der Medien trieb, ist die Behauptung, dass die niedrigere Impfquote gegen Covid-19 im Osten wiederum ein Hinweis auf Demokratiedefizite in diesem Teil Deutschlands sei. Im gleichen Zusammenhang offenbart Wandersitz ungewollt selbst das fragliche Demokratieverständnis der Merkel-Regierung, wenn er für den Herbst kritiklos einen „Teillockdown“ für „Ungeimpfte“ erwartet - also das (weitere) Aussetzen demokratischer Bürgerrechte für bestimmte Bevölkerungsteile. Zusammen mit dem faktischen Impfwang für Arme aufgrund kostenpflichtiger Tests ab dem 11. Oktober, bleibt die Frage: Wer kümmert sich eigentlich um das Demokratiedefizit der Regierung?

■ Männer Gruß

»Zu sagen was ist, bleibt die revolutionärste Tat.«

Rosa Luxemburg

unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung – Zeitung der DKP  
www.unsere-zeit.de / www.uzshop.de

JETZT 6 WOCHEN PROBELESEN!

Das Abo ist gratis und endet automatisch  
E-Mail: abo@unsere-zeit.de  
Tel.: 0201 - 177889-23 Fax: -28



# Keine Stimme für die Verteidiger **,der Sicherheit Deutschlands am Hindukusch‘!**

*Die Bilanz der zwanzigjährigen Besetzung Afghanistans durch die NATO-Staaten lässt nur einen Schluss zu: Die Kriegstreiber in den etablierten Parteien müssen zur Verantwortung gezogen werden.*

Im Rahmen des Abzugs der USA und ihrer NATO-Verbündeten aus Afghanistan bestätigen sich Politiker, Militärstrategen und Journalisten gegenseitig darin, dass die Bilanz des Kriegsbündnisses katastrophal sei. Dabei geht aber eines unter: Dieses Debakel der NATO begann mit ihrem völkerrechtswidrigen Überfall auf das unterentwickelte Land im Mittleren Osten, von deren Staatsführung kein Angriff auf ein Nachbarland oder einen anderen Staat ausging.

Die Bilanz des Überfalls und der zwanzigjährigen Besetzung Afghanistans durch die USA und ihre Verbündeten ist verheerend: Über 200.000 Menschen fielen dem Kriegseinsatz zum Opfer – darunter über 160.000 Zivilisten laut UN-Berechnungen. Nicht besser sieht die gesellschaftliche Entwicklung bzw. Stagnati-

on in Afghanistan aus. So kann der gebetsmühlenartige Hinweis auf Mädchenschulen nicht darüber hinwegtäuschen, dass junge Frauen in Afghanistan auch mit Bildung keine Aussicht auf Arbeit haben, der Drogenanbau aufgrund fehlender wirt-

schaftlicher Alternativen unter dem korrupten Besatzer-Regime mehr denn je Konjunktur hat und 56 % der Afghanen Analphabeten sind.

## Mit rot-grünen Fahnen in den Krieg

Es war Verteidigungsminister Struck, der 2003 den Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan damit rechtfertigte, dass die Sicherheit Deutschlands am Hindukusch verteidigt werde. Die Bilanz:

- Laut Angaben der Bundesregierung hat der Kriegseinsatz 13 Mrd. Euro an Steuergeldern verschlungen. Die Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) gehen von Ausgaben in fast dreifacher Höhe aus. Welche Belastung die unter der rot-grünen Bundesregierung eingeleitete Kriegspolitik für die öffentliche Haushalte ist, zeigt dabei die Entwicklung des Verteidigungsetats, der seit dem Kriegseinsatz in Afghanistan von 24 Mrd. Euro (2001) auf 46 Mrd. angewachsen ist.

- Fast 60 Bundeswehrsoldaten sind in Afghanistan ums Leben gekommen, tausende kamen mit Traumata zurück. Sie wurden als Kanonenfutter missbraucht, um ein Volk zu unterdrücken – inklusive schwerer Kriegsverbrechen wie der verheerende Lufangriff auf afghanische Zivilisten auf Befehl des damaligen deutschen Oberst Klein. Fakt ist: Die Bundeswehr ist Fluchtverursacher. ■ sk



## Druschba!

Ca. 200 Gäste folgten der Einladung der DKP Brandenburg am 14. August nach Strausberg zum Fest für alle Freunde des Friedens mit Russland – und allen, die es werden wollen. Bei schönstem Sommerwetter feierten sie zusammen mit dem Chor „Iwuschka“, Isabel Neuenfeldt am Akkordeon und Hartmut König (Oktoberclub) an der Gitarre bis in den Abend die deutsch-russische Freundschaft. ■ nb



## Die Arbeiterpartei

Vor unseren Augen führt eine handvoll von Superreichen, die Besitzer der Banken und Konzerne, einen Kampf gegen die übergroße Mehrheit der Lohnabhängigen und Erwerbslosen. Für diesen Klassenkampf haben diese Superreichen einen Politikbetrieb, einen Staat inklusive Polizei und Militär und nicht zuletzt Medien, die ihre Profitinteressen durchsetzen und propagieren.

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) bezieht in diesem Klassenkampf Position für die Lohnabhängigen und für ihre Interessen.

Kommunisten leisten Widerstand: Gegen die Ausweitung des Niedriglohnbereichs und das Hartz-IV-Regime; gegen eine weitere Absenkung der Renten und die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge; gegen Aufrüstung und für Frieden mit Russland. Wir sehen in der DDR die größte Errungenschaft der arbeitenden Bevölkerung in Deutschland und verteidigen ihr Erbe. Uns eint in der DKP die Einsicht, dass die Interessen des arbeitenden Volkes nur dauerhaft gesichert werden können, wenn die Banken und Industriebetriebe dem Privatbesitz der Reichen entzogen und in Gemeineigentum überführt werden.

Die Reichen haben sich gut organisiert. Deshalb müssen sich die Lohnabhängigen besser organisieren: In den Betrieben - in ihren Stadtteilen und Gemeinden - in der DKP. Mach mit! ■

 **Den Roten Brandenburger**  
per Mail beziehen oder verteilen?

Einfach eine Mail schreiben an:  
[info@dkpbrandenburg.de](mailto:info@dkpbrandenburg.de)

## Impressum & Kontakt

DKP-Landesorganisation Brandenburg  
Carl-Reichstein-Straße 2  
14770 Brandenburg  
Mail: [info@dkpbrandenburg.de](mailto:info@dkpbrandenburg.de)  
V.i.S.d.P.: W. Richter · c/o DKP Brandenburg · Carl-Reichstein-Straße 2 · 14770 Brandenburg

Die DKP Brandenburg sagt:

# Danke!

Wir danken den zahlreichen Spenderinnen und Spendern - unter anderem: Herrn und Frau L. (100,- €), Dieter F. (100,- €), Kay S (25,- €), Peter K. (100,- €), Brigitte M. (100,- €), Michael G. (200,- €), Doris F. (50,- €), Manfred und Gisela (25,- €), Armin L. (50,- €), Gerd M. (50,- €), Falk N. (25,- €) und weiteren Spendern



Im Gegensatz zu etablierten Parteien erhält die DKP keinerlei Wahlkampfkostenerstattung aus Steuergeldern und keine millionenschweren Spenden aus der Wirtschaft. Aber auch unser ehrenamtlich bestrittener Wahlkampf kostet Geld. **Deshalb: Jede Spende zählt - auch als Zeichen der Solidarität!**

**Kontoverbindung: DKP Brandenburg**  
IBAN: DE86 1705 4040 3000 3558 20  
Stichwort: Bundestagswahl 2021

## Ich möchte:

- Den Roten Brandenburger zugeschickt bekommen, um ihn in meinem Umfeld zu verteilen.
- Für die DKP im Bundestagswahlkampf aktiv werden.
- Kontakt zu nächsten DKP-Gruppe in meiner Nähe.

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mailadresse



**Bei Interesse Box ausfüllen, ausschneiden und in einem ausreichend frankierten Briefumschlag schicken an: DKP Brandenburg, Carl-Reichstein-Straße 2, 14770 Brandenburg - Oder E-Mail an: [info@dkpbrandenburg.de](mailto:info@dkpbrandenburg.de)**